

Wehrmanns-Frauen

Autor(en): **R. B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **13 (1918)**

Heft 6

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351562>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Auf einmal sind auch die „dummen“ Frauen gut genug.

Nämlich zum Unterschreiben der sogenannten Pfahlbürgerinitiative, die den Zweck hat, dem Bundesrat das Rückgrat zu steifen, wenn er etwa gegen ausländische Arbeiter nicht strenge genug vorgehen sollte. Bei Abwesenheit der Männer wurden vielerorts die Frauen aufgefordert zu unterschreiben: es mache ja nichts, der Mann sei schon einverstanden, hieß es.

Verbittert durch das provokatorische Auftreten fremder Tagediebe (es gibt zwar ebensoviele und noch mehr heimische), mag manche Frau unterschrieben haben, besonders solche, die unsere Parteiblätter nicht lesen. Glaube aber ja niemand, daß sich die Initiative etwa gegen dergartiges Gefindel richtet, bewahre; eine Krähle hackt der andern kein Auge aus.

Aus der Sprechstunde einer Proletarierärztin.

Deutsche Kriegerfrau.

Sie hat einen schweren Herzfehler, aber trotzdem muß sie arbeiten, weil der Mann im Kriege ist. Früher war's anders. Der Mann konnte für sie und das Kind sorgen. Jetzt erhält sie vom deutschen Hilfsverein Fr. 82.50 für sich und das Kind. Die Wohltätigkeitsdamen sind der Ansicht, daß eine Frau, die nicht schlechter aussieht, arbeiten soll.

Kinderlegen.

Schon am verlegenen Gesicht, mit dem sie zur Türe herinkommt, erkenne ich das Anliegen der bleichen Frau. Schon Dutzende solcher Frauen sind da gewesen. Ich untersuche. Es stimmt. Sie ist schwanger. Schon wieder. Zu Hause sind vier hungrige Kinder. Der Vater ist Metallarbeiter, er hat ja einen schönen Lohn, aber er reicht nicht. Immer die gleichen Klagen. „Und gar nichts zu machen?“ Eigentlich weiß sie die Antwort zum Voraus. Sie kennt die Gesetze. Aber irgend eine phantastische Hoffnung macht sie glauben, daß trotzdem zu helfen sei. Ein Schluchzen erschüttert den starken Körper, als ich nein sagen muß. Das Ereignis, das Freude ins Leben der Frauen bringen sollte, ist zur Quelle tiefsten Elends geworden. M. Ch.

Wehrmanns-Frauen.

Groß ist das Martyrium jener unglückseligen Kriegerfrauen, die nun schon seit Jahren ein geliebtes Familienglied draußen im mörderischen Trommelfeuer stehen haben. Unfägliches haben sie erduldet in schweren langen Nächten, in kummervollen Tagen. Nicht still für sich konnten sie ihr Leid tragen, es gehörte ihnen nicht. Sie mußten davon reden, nicht zu ihrer Erleichterung, nicht zu Leidensgefährtinnen, Freunden, nein — in den Vorzimmern, in den Sprechzimmern der verschiedensten Hilfsaktionen. Manche von ihnen hat sich lange gestraubt, bis sie sich entschließen konnte, die ihr pflichtgemäß zukommende Unterstützung einzufordern. Als es nicht mehr anders ging, als die eigene schwache Arbeitskraft nachgelassen, hat man sich endlich dazu entschlossen. Heute ist die Not, besonders der ausländischen Wehrmannsfrauen, außerordentlich groß. Die Unterstützung reicht nirgends hin, man ist sehr oft nicht in der Lage, selbst einem Verdienst nachzugehen. Hier zu Lande sind der fleißigen Frauenhände gar viele und hat man die Wahl — wählt man junge, kräftige, nicht vorzeitig durch Kummer und Sorge und Hunger geschwächte Arbeitskräfte. Gar viele haben nie einen Beruf erlernt, der Mann hätte es nicht geduldet, daß die Frau Lohnarbeit verrichten würde, diese hatten dann gar keinen Begriff vom Wert der Arbeitskraft und verkauften sich so billig als möglich irgend einem Ausbeuter.

Heute ist die Stimmung unter den Wehrmannsfrauen eine erregte, man ist so hoffnungsarm geworden. Noch

keinen Frieden, keine Aussichten, noch immer läßt der Soldat sich stumm zur Schlachtbank führen, noch immer ermöglichen „die Soldaten des Hinterlandes“ die unbefristete Fortdauer des Mordens.

In Zürich haben verschiedene Wehrmannsfrauenversammlungen stattgefunden, die einen sehr guten Besuch aufwiesen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche, unterstützt durch eine Vertretung der Arbeiterunion, in erster Linie mit dem deutschen Generalkonsulat und dem deutschen Hilfsverein in Unterhandlungen zu treten hatte. Nicht daß Deutschland eine weit niedrigere Unterstützung bezahle wie andere Länder. Da aber allein dem Kreis Zürich über 5000 Familien von Wehrpflichtigen unterstellt sind, trat die Kommission in erster Linie mit den deutschen Behörden in Unterhandlung. Auch hätte man bei Oesterreich-Ungarn wenig Glück zum Anfang gehabt, das doch wenigstens Kinder und Erwachsene gleichstellt und Fr. 2.10 per Kopf bezahlt. Unsere Forderung für alle Länder ist, die Schweiz inbegriffen, Fr. 3.— per Kopf und Tag. Ab 1. Mai bezahlt nun die deutsche Reichshilfe Fr. 2.— für die Frau des Kriegers und 75 Rp. für ein Kind bis zum Alter von 15 Jahren. Dieser Unterstützungsansatz (IV) ist noch viel zu niedrig, damit läßt sich heute nicht leben, nur hungern. Woher sollen die Mittel genommen werden, um die über den Winter angewachsenen Schulden zu bezahlen? Woher sollen die allernotwendigsten Anschaffungen bestritten werden? Schon jetzt halten die Forderungen nicht mehr zusammen, dabei ist ja bekannt, daß Stoffe, Wäsche usw. noch um das Mehrfache im Preise steigen. Wer nicht mit dem Rappen rechnen muß, hat sich noch eingedeckt, der arme Prolet trägt notgedrungen seine Sachen solange noch ein Faden hält und muß dann für minderwertige Ware Phantastiepreise bezahlen. Ja die Schraube ohne Ende! Als erste Forderung ist nun aufgestellt worden, daß eine Monatsunterstützung doppelt ausbezahlt werde und der regelmäßige Ansatz bedeutend erhöht werde.

Zu diesen wichtigsten Forderungen kamen noch eine Menge mehr untergeordnete: Verkürzung der Wartezeit in den verschiedenen Büreaus, gleichmäßige Behandlung der Unterstützten, bessere Regelung der Urlaubsbesuche und Vorausbezahlung der Kosten. Das Unterhandlungsprotokoll umfaßt 30 Schreibmaschinenseiten. Die Forderungen sind nach Berlin weitergeleitet worden. Wären sie von Hindenburg unterstützt, so würden sie gewiß auch sofort bewilligt. Aber so handelt es sich doch nur um Soldatenfrauen und Kinder und Menschen hat das Deutsche Reich mehr wie genug. Ja, wären es Schweine, giftige Gase, Mordwerkzeuge und was dergleichen liebliche Dinge mehr sind, da gibt es genügend Mittel zur Anschaffung und Verbesserung.

Mehr wie traurig ist auch das Los der Kriegswitwen und Waisen, lächerlich klein ist die Jahresrente, welche diesen Unglücklichen ausbezahlt wird, Mark 260.— an ein Kind, zirka Mark 400.— an die Witwe, zum Tageskurs umgerechnet (heute wieder zirka 80). Durchaus ungenügend ist der Pflichtteil der Eltern für einen Sohn im Kriegsdienste; sind mehrere Söhne draußen, wird die Unterstützung nur für ein Kind bezahlt. Deutschland, das sich stets rühmte und mit einem gewissen Rechte seiner ausgedehnten Sozialgesetzgebung wegen, versagt hier vollständig. Das Reichsgesetz ist ein Schandfleck und muß so rasch wie möglich verbessert werden. Wir nehmen an, daß sich die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie zur nächsten Reichstagsversammlung mit dieser Frage beschäftige und auf Verbesserung der betreffenden Gesetze dringt. Hier heißt es ganz andere Summen aufbringen und im Auslande zum vollen Kurse ausbezahlen.

Wir raten dringend, an allen größeren Orten Wehrmannsfrauenversammlungen einzuberufen, die zu oben genannten Forderungen Stellung nehmen (es scheint, als ob Basel und Bern noch weniger ausbezahlt) und das Resultat der Versammlung jeweils an die zentrale Frauenagitationskommission Zürich weiterleiten. Dabei sind

selbstverständlich die einheimischen Wehrmannsfrauen eingeschlossen, da sieht es mit der Ausbezahlung der Unterstützung an manchen Orten noch bitterböse aus. Sollte das schweizerische Militärdepartement etwa der Meinung sein, die neuen Ansätze vom 6. April genügen, so irrt es sich gewaltig. Mit 90 Rp. läßt sich heute kein Kind ernähren. Wir sind nicht so reich an Menschenmaterial, daß unsere Kinder infolge Unterernährung ungestraft für das Volksganze dahinstrecken dürfen. Wir bitten um Berichte über solche Versammlungen, die jeweils in unserer „Vorkämpferin“ veröffentlicht werden.

R. B.

Die Heiligkeit der Familie.

Daß es eine Familie gibt, und daß wir zu einer bestimmten Familie gehören, scheint uns immer noch selbstverständlich zu sein. Wir lernen, daß die Familie die Grundlage des Staates sei, und wir wissen, daß eine staatliche Bewilligung nötig ist, um eine Familie zu gründen. Eine Ehe ohne standesamtlichen Segen wird von der öffentlichen Meinung sowohl als vom Staat als etwas Ungehöriges, ja Gesetzwidriges verurteilt. Dieses Vorurteil von der Heiligkeit und Notwendigkeit der Familie ist so festgewurzelt, daß man gar nicht daran denkt, wie sehr die Grundlagen des Familienlebens durch die modernen Produktionsverhältnisse schon erschüttert sind.

Bei einem großen Teil der Arbeiter beschränkt sich das Familienleben darauf, daß Eltern und Kinder miteinander am gleichen Tisch essen, daß die Eltern verpflichtet sind, für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, daß sie Sonntags miteinander spazieren gehen. Aber die Erziehung, die Unterhaltung, das Spiel finden die Kinder auf der Straße. So daß eine große Familie für die Eltern meist eine Last, für die Kinder eine Bedrückung bedeutet, der sie sich möglichst bald entziehen.

Für den bürgerlichen Staat ist es natürlich sehr bequem, aber durchaus nicht gerechtfertigt, den Eltern die ganze Last für den Unterhalt der Kinder aufzubürden. Für uns muß es sich darum handeln, einen Weg zu finden, der zwar den Eltern Freude am Wachstum, an der Entwicklung ihrer Kinder läßt, ihnen aber die Sorgen für ihre Ernährung und Kleidung abnimmt. Deshalb kann uns auch nicht mehr das alte, kleinbürgerliche Familienideal vorbildlich sein, das im Vater den Ernährer, in der Mutter die Köchin und das Hausmädchen für die Familie sieht. Die Familie ist uns zu eng geworden, wir wollen nicht abgeschlossen voneinander wohnen, sondern wir wollen miteinander und füreinander leben. Wir haben auch nicht wie der Bourgeois ein Interesse an der Abgeschlossenheit, wir haben weder ein Geschäft noch ein Vermögen, das wir unsern Kindern als Erbe hinterlassen können. Im Gegenteil, die ganze Entwicklung der Arbeiterbewegung zeigt uns, daß wir nur stark sind, wenn wir zusammenhalten. Solidarität und gegenseitige Hilfe sind Lebensnotwendigkeiten für das Proletariat. Und wenn wir an eine zukünftige Gesellschaft denken, so erscheint uns als Selbstverständlichkeit, daß die Sorge für Kleidung, Nahrung, Erholung nicht mehr die Sache eines Einzelnen, sondern der Gesamtheit ist. Die ökonomischen Ursachen, die heute eine Familie zusammenhalten, fallen damit weg. Das Zusammenleben wird freier, inhaltsreicher werden, kein Staat braucht sich mehr darum zu kümmern, wenn zwei Menschen eine Ehe schließen wollen. Die Frauen werden nicht mehr mit Bittern an die Mutter-schaft denken müssen, denn wenn sie der Allgemeinheit ein Kind schenken, wird sich die Allgemeinheit zur Pflicht machen, für das Kind und die Mutter zu sorgen.

Das sind Zukunftsträume. Teilweise ist es aber auch Vergangenheit. Denn es gab einmal einen Zustand in der menschlichen Gesellschaft, wo das Privateigentum noch nicht bestand, wo es keine einzelnen, von einander abgeschlossene Familien mit Privatinteressen gab, sondern wo ein ganzer

Stamm eine Gemeinschaft bildete. Wir nennen jenen Zustand der Gesellschaft Barbarei. Aber es gab damals keine Ausbeutung und Lohnsklaverei, die Menschen waren zwar Barbaren, aber sie waren frei.

Die moderne Entwicklung lehrt uns jenes Barbarentum wieder schätzen. Auch wir können nur frei sein, wenn es kein Privateigentum und keine Privatinteressen mehr gibt, die Ausbeutung und Unterdrückung zur Folge haben. Die Familie, die Stütze und der Träger des Privateigentums, muß verschwinden. Genossenschaftliches Zusammenleben soll die Grundlage der neuen Gesellschaft sein. Minna Christinger.

Direkte Steuern in Rußland.

Ein amerikanischer Bourgeois veröffentlicht in der „N. J. Ztg.“ einen entrüsteten Brief darüber, wie der Soviet in Moskau sich Geld verschafft. Wir sind natürlich gar nicht entrüstet, sondern freuen uns darüber, daß unsere russischen Genossen die Kapitalisten an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen wissen. Der politischen Macht der Bolschewiki hätte sich die ehemals besitzende Klasse, wenn auch zähneknirschend, schließlich gefügt, aber daß die Bolschewiki den Kapitalisten die Grundlage ihrer ehemaligen Herrschaft, das Kapital wegnehmen, und damit jede Möglichkeit, Geschäfte und Profite zu machen, das empfinden sie als schrecklich und schauerhaft. Und gerade das scheint uns Sozialisten das wirksamste Mittel zur Ausrottung des kapitalistischen Systems zu sein.

Der Amerikaner schreibt:

Eines der ersten Dekrete ermächtigte die „Behörden“, in die Häuser zu gehen, wo man wußte, daß Geld und Wertpapiere, Pretiosen usw. vorzufinden waren, gleichviel, ob bei Russen oder Fremden. Und die „Behörde“ ging und holte! Ein weiteres Dekret erteilte den strikten Befehl, daß innerhalb einer Frist von wenigen Tagen alle Besitzer von Kassenschränken, Private wie Banken, Fremde wie Einheimische, sämtliche zugehörigen Schlüssel zu diesen Eisenbehältern, genau etikettiert mit Name, Straße, Hausnummer und Etage, beim „Sekretariat“ des Soviets abzuliefern hätten zur Inventaraufnahme, widrigenfalls der Totalinhalt der Schränke als zum vorans sequestriert betrachtet werde.

Was blieb also anderes übrig, als die passenden Schlüssel der „Amtsstelle“ promptly und nach Vorschrift einzuliefern? Die Inventaraufnahme erfolgte denn auch pünktlich natürlich auch bei den Ausländern, bei denen anstandslos jemand von deren Konflikt mitzuschauen durfte. Dann wurden die betreffenden Schlüssel fein ordentlich mitgenommen, und nun hatte „man“ an Hand der Listen freie Wahl, da zu „schöpfen“, wo am meisten „Greifbares“ zu holen war. Je nach Bedarf (der nicht klein war) holte man dann: wch ohne großes Besinnen sowohl Bargeld wie Werttitel oder Pretiosen. Früher karate man den Spruch: „Die Kirche hat einen guten Magen“, jetzt heißt es: „Der Soviet verbaut alles“. Mit Schlüssel und Liste ging „man“ zuerst dahin, wo am meisten zu holen war.

Als die ersten Dekrete dieser Art in Wirksamkeit traten, hofften Russen, die große Vermögen besaßen, durch Uebertragung an Fremde wenigstens einen Teil ihrer Gelder und Werte zu retten in der Meinung, daß das Besitztum der Fremden durch deren Konsulate geschützt und gesichert sei. Es sind mir damals von russischen Bekannten zusammen für über eine Million zur Uebertragung auf meinen Namen offeriert worden, und zwar sollten diese Guthaben bei den Banken in Moskau effektiv in mein Eigentum übergehen, während ich Schuldner von nur 10 Prozent der Werte geworden wäre, also mit, beispielsweise, 100.000 Rubel eine Million erworben hätte. Fürwahr ein brillantes Geschäft! Als die guten Leute aber später einsahen, daß der Fremde genau so „ausgezogen“ wird wie der Russe, fiel dieses glänzendste aller Geschäfte dahin, was mir außerordentlich leid tat.

Um übrigens alle Schafe zu gleicher Zeit und absolut sicher fischen zu können, ersann der Soviet ein unfehlbares Mittel, indem er verfügte, daß alle jetzigen Banknoten in bestimmter Frist ihre Gültigkeit verlieren sollen, da er eine neue Notenemission ausgibt. Wer so freundlich ist, und seine alten Noten bringt, erhält, innerhalb der fraglichen Frist, noch ganze 50 Prozent, d. h. die Hälfte seines Geldes; wer das aber verfaßt,